

## Ausbildungsplatzsituation in Gifhorn ist alarmierend

# P R E S S E M I T T E I L U N G

### Klaus Schneck setzt sich für Ausbildungsinitiative ein.

Die Lage am Ausbildungsstellenmarkt hat sich nicht verbessert. Allein in diesem Jahre fehlen nach Berechnung des DGB 21.578 Ausbildungsplätze in Niedersachsen. Im Landkreis Gifhorn ist die Situation besonders alarmierend. Für deutlich über 2000 Bewerber standen nur knapp 500 Ausbildungsstellen zur Verfügung, im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Stellen gesunken, wobei die Zahl der Bewerber gestiegen ist. „In Gesprächen mit Lehren und Schülern aus Abschlussklassen musste ich erfahren, dass immer mehr Jugendliche keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben“, so Schneck. Die Berufsvorbereitungsmaßnahmen werden immer weiter zu „Warteschleifen“ und „Verschiebebahnhöfen“ und lässt Jugendliche und Eltern verzweifeln.

„Die Wirtschaft zieht sich immer mehr aus ihrer Ausbildungsverantwortung zurück, deshalb muss der Staat eingreifen“, fordert Schneck. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

Die SPD fordert die kurzfristige Schaffung von 10.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Niedersachsen. „Dies ist endlich ein konkreter Vorschlag, der vielen Jugendlichen ein Perspektive bringt und nicht nur ein wirkungsloser Appell, wie es die CDU/FDP Landesregierung versucht“, so Schneck.

Die Initiative trägt den Titel „Für ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche“. Damit schlägt die SPD vor, 10.000 vollschulische Ausbildungsplätze an Berufsbildenden Schulen einzurichten. Praktische Berufserfahrung können die Auszubildenden während dieser Zeit in Form von betrieblichen Praktika sammeln. Jeder Azubi erhält eine Ausbildungsbeihilfe von 300 Euro monatlich plus Sozialversicherung. Die Ausbildung wird in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchgeführt und endet mit einer Kammerprüfung.

„Diese Art der Ausbildung kann und soll die klassische duale Ausbildung nicht ersetzen“, so Jüttner. „Aber nur so haben kurzfristig alle die Chance, einen Berufsabschluss zu erwerben.“ „Das duale System wollen wir nicht gefährden. Daher befristen wir das neue Programm auf sieben Jahre, also zwei Ausbildungsdurchgänge.“

Finanziert wird das Programm vor allem aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit. Hinzu kommen Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie Landes- und Bundesmittel. „Es ist gesellschaftlich wichtiger und sinnvoller, Ausbildung anstelle von Nicht-Ausbildung zu finanzieren“, sagte SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner. „Die Landesregierung hat es leider in den vergangenen Jahren versäumt, die Ausbildungsplatzmisere zu beenden. Auch der Ausbildungspakt hat sein Ziel verfehlt.“